

Hinweise zu Buchführung und Unternehmenssteuern

Dieses Merkblatt soll Existenzgründer über die Grundzüge der Unternehmensbesteuerung und über die Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinns mithilfe der Buchführung informieren. Die enthaltenen Informationen zielen in erster Linie auf gewerblich tätige Existenzgründer ab, aber auch freiberuflich Selbstständige finden hier nützliche Informationen.

Einleitung

1. Gewinnermittlung / Buchführung

1.1 Einnahmenüberschussrechnung

1.2 Bilanzierung / doppelte Buchführung

1.3 Sonderfragen der Gewinnermittlung

Abschreibungen

Abschreibungen nach Einlage von Wirtschaftsgütern in den Betrieb

Gründungsaufwendungen

2. Die wichtigsten Steuern

2.1 Einkommensteuer (Est)

Verlustberücksichtigung

Einkommensteuertarif

Veranlagung / Vorauszahlung Lohnsteuer

2.2 Körperschaften (KSt)

Teileinkünfteverfahren

2.3 Gewerbesteuer

Gewerbeertrag

Berechnung der Gewerbesteuer

Vorauszahlungen

2.4 Umsatzsteuer

Steuerbefreiungen

Umsatzvoranmeldung / Vorsteuerabzug

Umsatzsteuererklärung

Ausstellen von Rechnungen

Kleinunternehmer-Regelung

3. Rechtsformwahl und Steuern

Anhang

Einleitung

Die Unterscheidung zwischen gewerblich Tätigen und Selbstständigen / Freiberuflern wirkt sich in vielerlei Hinsicht aus, beispielsweise auf das Anmeldeverfahren, auf Buchführungspflichten und auf die Frage der Gewerbesteuerpflicht. Gewerblich ist die Tätigkeit dann, wenn sie selbständig, nachhaltig und mit Gewinnerzielungsabsicht ausgeführt wird und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt. Als selbstständige Tätigkeit gelten in erster Linie die freien Berufe, also Ärzte, Ingenieure, Architekten, Musiker u. a. Zu Abgrenzungsfragen gibt die IHK im Einzelfall gerne Auskunft.

Das Merkblatt soll außerdem verdeutlichen, dass Buchführung nicht nur als lästige Pflicht betrachtet werden sollte. Sie kann auch wichtiges Steuerungsinstrument für Ihren Betrieb sein. Haben Sie wenig oder gar keine Erfahrung in Buchführungs- und Steuerfragen, empfiehlt es sich, professionelle Beratung in Anspruch zu nehmen.

1. Gewinnermittlung / Buchführung

Der Gewinn aus gewerblicher oder selbständiger Tätigkeit muss versteuert werden. Auf diese Weise partizipiert der Fiskus an der unternehmerischen Betätigung jedes Einzelnen. Bei Personengesellschaften und Einzelunternehmern unterliegt der Gewinn der Einkommensteuer, bei Kapitalgesellschaften der Körperschaftsteuer. Alle Gewerbebetriebe müssen außerdem die Gewerbesteuer beachten.

Um den Gewinn zu ermitteln, sieht das Steuerrecht entweder die Einnahmenüberschussrechnung oder die Bilanzierung (sog. doppelte Buchführung) vor.

Zur doppelten Buchführung sind folgende Personen verpflichtet:

- Ins Handelsregister eingetragene Kaufleute sind nach dem Handelsgesetzbuch zur Führung von Büchern verpflichtet.

Hinweis: Durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) wird erstmals ab Geschäftsjahr 2008 eine Befreiung von der Buchführungs-, Bilanzierungs- und Inventurpflicht für Kaufleute mit in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb eingeführt: Einzelkaufleute, die in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren nicht mehr als 500.000 € Umsatz und nicht mehr als 50.000 € Jahresüberschuss erzielen, können sich von der Buchführungs-, Bilanzierungs- und Inventurpflicht nach Handelsrecht befreien. Die Befreiungsregelung kann außerdem auch bei Neugründung in Anspruch genommen werden. Dazu müssen die o.g. Voraussetzungen am Ende des ersten Geschäftsjahres vorliegen.

- Alle Unternehmer, die nach anderen (außersteuerlichen) Gesetzen zur Buchführung verpflichtet sind, sind auch zum Zwecke der Besteuerung buchführungspflichtig. Die Verpflichtung zur Buchführung beginnt mit dem ersten Geschäftsvorfall nach Aufnahme des Handelsgewerbes. Bei Kapitalgesellschaften beginnt die Buchführungspflicht mit Abschluss des Gesellschaftsvertrages.

- Gewerbliche Unternehmer, die nicht nach Handelsrecht oder anderen Gesetzen buchführungspflichtig sind, sind nach steuerrechtlichen Vorschriften zur Bilanzierung verpflichtet, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Umsatz von mehr als 500.000 € jährlich oder
- Gewinn von mehr als 50.000 € jährlich.

Bei Überschreiten einer der genannten Grenzen teilt das Finanzamt dem Steuerpflichtigen mit, dass zur doppelten Buchführung übergegangen werden soll. Die steuerliche Buchführungspflicht beginnt dann mit Anfang des Wirtschaftsjahres, das auf die Bekanntgabe der Mitteilung des Finanzamts folgt.

Bei der Bilanzierung sind – soweit sich aus dem Steuerrecht nichts anderes ergibt – die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung des Handelsrechts zu beachten. Dies bedeutet, dass sich ein sachverständiger Dritter (z. B. Steuerprüfer des Finanzamts) innerhalb angemessener Zeit anhand der Buchführungsunterlagen und Aufzeichnungen ein Bild von den Geschäftsvorfällen und der Lage des Unternehmens machen kann. Alle Geschäftsvorfälle sind vollständig, richtig und geordnet zu erfassen, sodass sie in ihrer Entstehung und Abwicklung nachvollziehbar sind. Der Gewinnermittlungszeitraum ist grundsätzlich das Kalenderjahr. Unter bestimmten Voraussetzungen kann das Wirtschaftsjahr aber auch davon abweichen. Die Unterlagen zur Gewinnermittlung müssen zehn Jahre aufbewahrt werden, sonstige Unterlagen, soweit sie für die Besteuerung von Bedeutung sind, sechs Jahre.

1.1 Einnahmenüberschussrechnung

Das Steuerrecht erlaubt den Personen, die nicht zur doppelten Buchführung verpflichtet sind, die Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinns durch eine vereinfachte Methode, die Einnahmenüberschussrechnung (kurz: EÜR). Die Pflichten des Unternehmers sind bei der Einnahmeüberschussrechnung geringer als bei der doppelten Buchführung. Die Gewinnermittlung erfolgt durch eine Gegenüberstellung von Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben nach dem Prinzip

Betriebseinnahmen
- Betriebsausgaben
= Gewinn bzw. Verlust

Die Einnahmenüberschussrechnung muss grundsätzlich in standardisierter Form erfolgen. Liegen die Betriebseinnahmen für den Betrieb unter der Grenze von **17.500 €**, ist die Verwendung des Formulars nicht verpflichtend. Eine formlose Gewinnermittlung ist dann ausreichend.

Maßgeblich bei der EÜR ist grundsätzlich der tatsächliche **Zeitpunkt** des Zuflusses oder Abflusses der geleisteten bzw. erhaltenen Zahlungen. Die Geschäftsvorfälle werden in chronologischer Reihenfolge in einem Journal aufgezeichnet. Dabei ist es zweckmäßig, die einzelnen Posten beispielsweise nach Kostenarten zu sortieren. Wenn Sie umsatzsteuerpflichtig / vorsteuerabzugsberechtigt sind, müssen außerdem das Nettoentgelt, die Umsatzsteuer und der Gesamtbetrag einzeln aufgezeichnet werden. Neben dem Journal führen Sie ein Kassenbuch für alle baren Geschäftsvorfälle. Gewerbliche Unternehmer sind zudem verpflichtet, den Wareneingang und den Warenausgang aufzuzeichnen. Letzteres allerdings nur, wenn die Ware an einen anderen gewerblichen Unternehmer zur Weiterveräußerung oder zum Verbrauch geliefert wird.

1.2 Bilanzierung /

doppelte Buchführung

Bei der Gewinnermittlung durch **Betriebsvermögensvergleich** wird das Betriebsvermögen am Schluss des Wirtschaftsjahres mit dem Betriebsvermögen am Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres verglichen. Der Unterschiedsbetrag ist der steuerpflichtige Gewinn. Hierbei ist bei Buchführungspflichtigen oder bei Gewerbetreibenden, die freiwillig Bücher führen, grundsätzlich das Betriebsvermögen anzusetzen, welches nach handelsrechtlichen Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung ermittelt wurde. Privat veranlasste Vorgänge bleiben unberücksichtigt. Daher müssen Entnahmen hinzugerechnet, Einlagen abgezogen werden.

Sind Sie zur doppelten Buchführung verpflichtet (s. o.), müssen Sie zu Beginn der Tätigkeit eine **Inventur** durchführen und eine Eröffnungsbilanz erstellen. Bei der Inventur sind alle Wirtschaftsgüter des Betriebes körperlich und wertmäßig zu erfassen und in ein Verzeichnis (Inventar) einzutragen. Zum Ende des Geschäftsjahres müssen Sie wieder ein solches Inventar und eine Schlussbilanz erstellen. Ebenso wie bei der Einnahmenüberschussrechnung sind ein Wareneingangs- und Warenausgangsbuch zu führen. Außerdem müssen alle baren Zahlungsvorgänge in einem Kassenbuch festgehalten werden.

Bei der doppelten Buchführung werden alle Geschäftsvorfälle auf Konten verbucht, einmal im Soll und einmal im Haben. Hierfür gibt es Kontenpläne, die für jeden Betrieb aus den verschiedenen Kontenrahmen seines Wirtschaftszweiges entwickelt werden. Ein Kontenplan ist das Gliederungsschema aller relevanten Konten, er enthält nur die für die Unternehmung tatsächlich nötigen und von ihr geführten Konten. Für jede Branche gibt es eigene Kontenrahmen.

Die drei wichtigsten sind:

- Kontenrahmen für den Einzelhandel
- Kontenrahmen für den Groß- und Außenhandel
- Gemeinschaftskontenrahmen für die Industrie

Hinweis: Haben Sie in Buchführungsfragen bisher wenig Erfahrung, ist die Konsultation eines Fachmanns anzuraten.

1.3 Sonderfragen der Gewinnermittlung

Abschreibungen

Bis 2007 mussten Wirtschaftsgüter bis 410 € netto, die sofort abgeschrieben wurden, in einem **besonderen, laufend zu führenden Verzeichnis** aufgenommen werden. Dabei wurden ihre Anschaffungs- oder

Herstellungskosten oder Einlagewerte sowie der Tag ihrer Anschaffung, Herstellung oder Einlage aufgezeichnet.

Bei den Gewinneinkunftsarten mussten selbstständig nutzbare, bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten **unter 150 €** ihres Nettowerts liegen, ab 2008 bis 31.12.2009 **sofort** abgeschrieben werden (GWG-Regelung im engeren Sinne). Auf das gesonderte Verzeichnis konnte **verzichtet werden**, falls diese Angaben aus der Buchführung ersichtlich sind, z. B. aus einem gesondert geführten Konto.

Zusätzlich ist ab 2008 eine Sammelposten-Regelung eingeführt worden. Alle in einem Wirtschaftsjahr angeschafften, hergestellten oder eingelegten abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgüter, die selbstständig nutzbar sind und deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder Einlagewerte mehr als 150 €, aber nicht mehr als 1.000 € betragen (GWG-Regelung im weiteren Sinne), in einen sogenannten **Sammelposten** einzustellen. Im Jahre der Anschaffung sind sie auf einem Sammelkonto zu erfassen und einheitlich über fünf Jahre abzuschreiben, selbst wenn einzelne Wirtschaftsgüter vorzeitig aus dem Unternehmen ausscheiden. Werkzeuge und Kleingeräte werden bis zum Wert von 150 € als Sofortaufwand erfasst.

Der zwingende sofortige Betriebsausgabenabzug und die zwingende Bildung eines Sammelpostens ist mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz (BGBl 2009 I, Nr. 81, S. 3950 ff. vom 22. Dezember 2009) durch ein **Wahlrecht** ersetzt worden.

Es besteht die Möglichkeit, entweder die Sammelpostenregelung weiterhin anzuwenden oder zu der bis zum 31.12.2007 geltenden Regelung zurückzukehren, nach der geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten ohne Umsatzsteuer bis zu 410 € sofort abgezogen oder über die Nutzungsdauer verteilt abgeschrieben werden konnten. Die Neuregelungen sollen für alle Wirtschaftsgüter gelten, die ab dem 1.1.2010 angeschafft, hergestellt oder in ein Betriebsvermögen eingelegt werden.

Die Grundregel sieht die Absetzung in konstant hohen Jahresbeträgen (**lineare Abschreibung**) vor. Die Anschaffungskosten des abzuschreibenden Wirtschaftsgutes werden dabei gleichmäßig auf die Jahre der Nutzungsdauer aufgeteilt. Damit wird jedes Jahr der gleiche Betrag abgeschrieben.

Für die ab dem 1.1.2009 angeschafften oder hergestellten beweglichen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens wurde wieder eine **degressive AfA** gem. § 7 Abs. 2 EStG eingeführt. Sie beträgt maximal 25 % und höchstens das 2,5-fache der linearen AfA. Die Maßnahme ist auf 2 Jahre befristet, also für Anschaffungen bis zum 31.12.2010.

Maßgebliches Hilfsmittel für die Schätzung der voraussichtlichen Nutzung sind die vom Bundesministerium für Finanzen veröffentlichten AfA-Tabellen.

Abschreibungen nach Einlage von Wirtschaftsgütern in den Betrieb

Bei Betriebsgründungen kommt es oft vor, dass Wirtschaftsgüter in den Betrieb eingebracht werden, die zuvor privat genutzt wurden (beispielsweise Pkw). Handelt es sich hierbei um Wirtschaftsgüter des abnutzbaren Anlagevermögens, können auch hier Abschreibungen vorgenommen werden. Die Einlage erfolgt grundsätzlich mit dem Teilwert oder den fortgeführten Anschaffungskosten. Wurde das eingelegte Wirtschaftsgut bisher nicht zur Erzielung von Überschusseinkünften genutzt, so ist der Einlagewert prinzipiell auf die Restnutzungsdauer abzuschreiben. Wurde das Wirtschaftsgut jedoch vor seiner Einlage bereits zur Erzielung von Überschusseinkünften genutzt, so bemessen sich die weiteren Abschreibungen nicht mehr nach dem Einlagewert, sondern nach dem Restwert des Wirtschaftsguts im Einlagezeitpunkt. Durch diese Regelung soll vermieden werden, dass mit der Einlage künstlich neues AfA-Volumen geschaffen wird.

Gründungsaufwendungen

Bereits die **vor Geschäftseröffnung anfallenden Kosten** können Sie als sog. vorweggenommene Betriebsausgaben geltend machen, wenn sie mit Ihrem künftigen Unternehmen zusammenhängen, z. B. Miete für Betriebsräume, Anschaffungskosten für Büromöbel etc. Es kommt hier allein auf den wirtschaftlichen Zusammenhang an, ein zeitlicher Zusammenhang ist nur von sekundärer Bedeutung. Besonderheiten sind bei der Gründung einer **GmbH** zu beachten.

Die Gründung einer GmbH vollzieht sich in drei Schritten:

- Vorgründungsgesellschaft (regelmäßig GbR, bis Abschluss des Gesellschaftsvertrages)
- Vorgesellschaft (ab Abschluss eines Gesellschaftsvertrages)
- GmbH (ab Eintragung ins Handelsregister)

Die Vorgesellschaft und die spätere Kapitalgesellschaft werden ertragsteuerrechtlich als ein Steuersubjekt behandelt. Daraus folgt, dass die Aufwendungen während der Zeit der Vorgesellschaft – nicht aber aus der

Zeit der Vorgründungsgesellschaft – als Betriebsausgaben geltend gemacht werden können. Letztere wären gegebenenfalls im Rahmen der Einkommensermittlung bei den jeweiligen Gesellschaftern zu berücksichtigen. Gewerbesteuerrechtlich gelten Vorgesellschaft und GmbH dann als einheitlicher Steuergegenstand, wenn die Vorgesellschaft schon vor Eintragung der Kapitalgesellschaft ins Handelsregister nach außen hin auftritt. Dann sind auch bei der Ermittlung des Gewerbeertrags die Betriebsausgaben der Vorgesellschaft zu berücksichtigen. Im Allgemeinen entsteht das Steuersubjekt Kapitalgesellschaft jedoch erst mit Eintragung ins Handelsregister.

2. Die wichtigsten Steuern

Das Finanzamt sendet jedem Unternehmer bei Eröffnung des Betriebes einen **Fragebogen zur steuerlichen Erfassung** zu. Darin muss er Angaben zu persönlichen Daten und vor allem zum geschätzten Gewinn und zu weiteren Einkünften machen. Bei Gewerbetreibenden erhält das Finanzamt vom Gewerbeamt Kenntnis von der Betriebsgründung. Selbstständig Tätige müssen von sich aus ihre Tätigkeit beim Finanzamt anzeigen.

2.1 Einkommensteuer (ESt)

Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer ist **das zu versteuernde Einkommen** einer natürlichen Person innerhalb des Veranlagungszeitraumes. Der Veranlagungszeitraum ist grundsätzlich das Kalenderjahr. Das Einkommensteuergesetz (EStG) kennt insgesamt sieben Einkunftsarten, die der Einkommensteuer unterliegen. Darunter fallen auch die sogenannten Gewinneinkünfte, mithin auch die Einkünfte aus Gewerbebetrieb und selbstständiger Arbeit. Die Ermittlung des tatsächlich zu versteuernden Einkommens sieht (vereinfacht) folgendermaßen aus:

Summe der Einkünfte aus den Einkunftsarten

-	Altersentlastungsbeitrag	
-	Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende	
=	Gesamtbetrag der Einkünfte	
-	Verlustvor- bzw. -rücktrag	
-	Sonderausgaben	
-	außergewöhnliche Belastungen	
=	Einkommen	
-	diverse Freibeträge	
=	zu versteuerndes Einkommen nicht mehr als	

Verlustberücksichtigung

Verluste werden steuerlich grundsätzlich berücksichtigt. Der Verlustausgleich erfolgt in erster Linie innerhalb derselben Einkunftsart, in zweiter Linie dann mit positiven Einkünften anderer Einkunftsarten. So kann beispielsweise ein Verlust aus gewerblicher Tätigkeit auch mit positiven Einkünften aus Vermietung und Verpachtung verrechnet werden. Die in einem Veranlagungszeitraum nicht berücksichtigungsfähigen Verluste können bis zu einem Betrag von **511.500 €** (bei zusammenveranlagten Ehegatten bis 1.023.000 €) in den vorangegangenen Veranlagungszeitraum zurückgetragen werden. Darüber hinausgehende Verluste können vorgetragen werden. Verluste bis zu **1 Million €** (bei zusammenveranlagten Ehegatten bis 2 Millionen €) sind in diesem Rahmen unbeschränkt verrechenbar. Darüber hinaus gehende Beträge können im Rahmen des Verlustvortrags zu **60 Prozent** verrechnet werden. Nicht verrechenbare Verluste sind zeitlich unbeschränkt auf weitere Jahre vorzutragen.

Einkommensteuertarif

Liegt das nach dem vorstehenden Schema ermittelte zu versteuernde Einkommen unterhalb des Grundfreibetrags, müssen keine Steuern bezahlt werden. Innerhalb der Progressionszone steigt der Steuersatz in Abhängigkeit vom Einkommen progressiv an. Bei etwas über 50.000 € mündet der Tarif in eine erste Proportionalzone, d.h. der Grenzsteuersatz ist konstant 42 %. Erst über 250.000 € steigt der Grenzsteuersatz in einer zweiten Proportionalzone auf 45 % (sog. Reichensteuer).

Ledige / nicht zusammenveranlagte Ehegatten	bis 2009	seit 2010
---	-----------------	------------------

Grundfreibetrag	7.834 €	8.004 €
Eingangssteuersatz	14%	14%
Progression	⇓	⇓
Steuersatz	42 %	42 %
Anwendung	von 52.552 € bis 250.400 €	von 52.882 € bis 250.730 €
Steuersatz	45 %	45 %
Anwendung	ab 250.401 €	ab 250.731 €

Für zusammenveranlagte Ehegatten gelten grundsätzlich die doppelten Freibeträge und Einkommensgrenzen.

Im Rahmen der Neuregelungen durch die Unternehmensteuerreform 2008 wurde dem bilanzierenden Personenunternehmer unter verschiedenen Voraussetzungen die Möglichkeit einer sog. **Thesaurierungsbegünstigung** eingeräumt. Nicht aus dem Unternehmen entnommene Gewinne werden danach auf Antrag vorerst mit nur 28,25 Prozent (+ SolZ) besteuert. Bei Entnahme der Gewinne müssen diese mit 25 Prozent (+ SolZ) nachversteuert werden.

Hinweis:

Die Thesaurierungsbegünstigung ist im Regelfall nur dann vorteilhaft, wenn langfristig keine Entnahmen getätigt werden, die den laufenden Gewinn übersteigen und sich zudem die reguläre Steuerbelastung (Einmalbesteuerung) im oberen Bereich bewegt. Grundsätzlich gilt, dass die Thesaurierungsbegünstigung nicht sinnvoll ist, wenn der persönliche Einkommensteuersatz unter 28,25 Prozent zzgl. Solidaritätszuschlag liegt.

Veranlagung / Vorauszahlung

Nach Ablauf des Kalenderjahres oder des Wirtschaftsjahres wird der Steuerpflichtige zur Einkommensteuer veranlagt. Dieses Verfahren besteht aus zwei Teilen. Zum einen dem Ermittlungsverfahren, in dem die Besteuerungsgrundlagen ermittelt werden (Einkünfte, Sonderausgaben etc.) und zum anderen dem Festsetzungsverfahren, in dem die Steuerschuld festgesetzt und per Steuerbescheid bekannt gegeben wird. Grundsätzlich wird die Einkommensteuer durch Veranlagung erhoben, bei der Lohnsteuer und der Kapitalertragsteuer – Sonderformen der Einkommensteuer – durch Steuerabzug.

Während des Veranlagungszeitraumes muss der Steuerpflichtige **Vorauszahlungen** in Höhe der voraussichtlich geschuldeten Einkommensteuer entrichten. Das Finanzamt legt die Vorauszahlungen durch Vorauszahlungsbescheid fest. Die Vorauszahlungen bemessen sich nach der Einkommensteuer, die bei der letzten Veranlagung festgesetzt wurde. Die ersten Vorauszahlungen im Jahr der Existenzgründung werden nach den Angaben im Betriebseröffnungsbogen festgesetzt. Die Einkommensteuervorauszahlungen sind vierteljährlich zu entrichten, und zwar am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember.

Als Steuerpflichtiger müssen Sie nach Ablauf des Veranlagungszeitraums bis zum 31. Mai des Folgejahres eine Steuererklärung abgeben, die eigenhändig unterzeichnet sein muss. Haben Sie einen Steuerberater, ist die Frist bis zum 31. Dezember verlängert; auf begründeten Antrag ist im Einzelfall eine Verlängerung der genannten Fristen möglich. Bei doppelter Buchführung ist der Steuererklärung eine Abschrift der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung beizufügen.

Lohnsteuer

Die Lohnsteuer ist eine Sonderform der Einkommensteuer. Sie wird durch Abzug vom Arbeitslohn erhoben. Schuldner der Lohnsteuer ist der Arbeitnehmer. Beschäftigen Sie Arbeitnehmer, sind Sie verpflichtet, die Lohnsteuer bei jeder Lohnzahlung einzubehalten, auf elektronischem Weg anzumelden und an das Finanzamt abzuführen. Dies muss bis spätestens zum 10. Tag nach Ablauf des Lohnsteuer-Anmeldezeitraums geschehen. Der Lohnsteuer-Anmeldezeitraum ist grundsätzlich der Kalendermonat. Bei (sehr) geringen Beträgen kann auch das Kalendervierteljahr oder das Kalenderjahr der Lohnsteuer-Anmeldezeitraum sein.

Neben der Lohnsteuer müssen auch der Solidaritätszuschlag (SolZ) und gegebenenfalls die Kirchensteuer für den Arbeitnehmer einbehalten und abgeführt werden. In Bayern beträgt der Kirchensteuersatz zurzeit 8 Prozent, der Solidaritätszuschlag liegt deutschlandweit bei 5,5 Prozent. Bemessungsgrundlage ist die

einzubehaltende Lohnsteuer des Arbeitnehmers. Besonderheiten gelten für kurzfristige und geringfügige Arbeitsverhältnisse.

2.2 Körperschaftsteuer (KSt)

Die Körperschaftsteuerpflicht gilt für alle **Kapitalgesellschaften** und erstreckt sich auf ihre sämtlichen Einkünfte. Sie beginnt mit Abschluss des Gesellschaftsvertrages (vgl. dazu 1.3 Gründungskosten), frühestens jedoch mit Beginn der nach außen gerichteten Geschäftstätigkeit. Der Steuersatz beträgt seit Veranlagungszeitraum 2008 einheitlich **15 Prozent** (+ SolZ). Ermittlungszeitraum ist grundsätzlich das Kalenderjahr, es ist aber auch ein abweichendes Wirtschaftsjahr möglich. Die Körperschaftsteuer-Vorauszahlungen sind zu den gleichen Terminen fällig wie die Einkommensteuer-Vorauszahlungen. Nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes muss ebenfalls eine Steuererklärung eingereicht werden. Die Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinns erfolgt durch Betriebsvermögensvergleich nach den Vorschriften des EStG und des Körperschaftsteuergesetzes (KStG).

Teileinkünfteverfahren

Gewinnausschüttungen / Dividenden der Kapitalgesellschaft an die Gesellschafter unterliegen bei diesen nochmals der Einkommensbesteuerung als Einkünfte aus Kapitalvermögen. Aufgrund der vorherigen definitiven Besteuerung auf Ebene der Gesellschaft würde damit der entsprechende Betrag doppelt besteuert. Um dies zu vermeiden, wird auf Anteilseignerebene danach unterschieden, ob die Anteile an der Kapitalgesellschaft im Privatvermögen eines Anlegers (natürliche Person) oder im Betriebsvermögen eines Personenunternehmens gehalten werden. So unterliegen bei Privaten anfallende Dividenden seit 2009 der **Abgeltungsteuer** mit einem Steuersatz von 25 Prozent (+ SolZ). Liegt der persönliche Einkommensteuersatz unter 25 Prozent, kann auf Antrag mit dem

niedrigeren persönlichen Steuersatz besteuert werden. Bei im Betriebsvermögen gehaltenen Anteilen werden seit 2009 anfallende Dividenden im Rahmen des **Teileinkünfteverfahrens** zu 40 Prozent von der Steuer freigestellt. 60 Prozent der Dividende unterfallen dem persönlichen Einkommensteuersatz des Gesellschafters. So kann die Doppelbesteuerung der Gewinnausschüttung gemildert werden.

2.3 Gewerbesteuer

Durch die Unternehmensteuerreform 2008 ist die Gewerbesteuer in ihrer bisherigen Form grundsätzlich erhalten geblieben. Jeder inländische Gewerbebetrieb unterliegt der Gewerbesteuer. Angehörige freier Berufe müssen wie bisher keine Gewerbesteuer bezahlen. Steuerschuldner ist bei Einzelunternehmen der Unternehmer, auf dessen Rechnung das Gewerbe betrieben wird, bei Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften ist Steuerschuldnerin die Gesellschaft.

Gewerbeertrag

Bemessungsgrundlage für die Steuer ist der Gewerbeertrag. Grundlage des Gewerbeertrags ist der nach dem Einkommensteuergesetz oder Körperschaftsteuergesetz ermittelte Gewinn. Dieser wird durch verschiedene Hinzurechnungen und Kürzungen korrigiert. Durch das Unternehmensteuerreformgesetz 2008 wurden ab dem Erhebungszeitraum 2008 zahlreiche Neuerungen bei den Hinzurechnungen eingeführt. Es müssen nun beispielsweise sämtliche anfallenden Zinsaufwendungen in Höhe von 25 Prozent auf die gewerbesteuerliche Bemessungsgrundlage hinzugerechnet werden. Auch sind weitere Hinzurechnungstatbestände, wie die pauschalierten Finanzierungsanteile für Mieten, Pachten und Leasingraten aufgenommen worden. Ferner wurde ein Freibetrag von 100.000 € bezogen auf die Summe der Zinsanteile eingearbeitet.

Berechnung der Gewerbesteuer

Die Unternehmenssteuerreform 2008 brachte im Rahmen der Berechnung der Gewerbesteuer nachfolgende gravierende Änderungen mit sich:

Ab Erhebungszeitraum 2008 gilt:	
Gewerbesteuermesszahl	3,5 %
Anrechnungsfaktor der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer bei Personenunternehmen	3,8
Betriebsausgabenabzug für die Gewerbesteuer	nein
Freibetrag bei Einzelunternehmen, Personengesellschaften	ja

Für alle Unternehmen:

Nach den Regelungen der Unternehmensteuerreform 2008 entfällt die Abzugsfähigkeit der Gewerbesteuer als Betriebsausgabe sowohl für Personenunternehmen als auch für Kapitalgesellschaften. Um die dadurch entstandene Erhöhung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer auszugleichen, wurde für alle Gewerbebetriebe die Gewerbesteuermesszahl auf 3,5 % festgelegt.

Die Gewerbesteuer wird daher folgendermaßen berechnet:

Gewerbesteuer = Gewerbeertrag x 3,5 % x Hebesatz

Einzelunternehmen /

Personengesellschaften:

Der Anrechnungsfaktor des festgesetzten Steuermessbetrages beträgt nun das 3,8-Fache. Somit kann die Gewerbesteuer bei ausreichender Einkommensteuer bis zu einem Hebesatz von ca. 380 % bzw. 400 % inklusive Solidaritätszuschlag komplett auf die Einkommensteuer angerechnet werden. Der bisherige Grundfreibetrag von 24.500 € für Einzelunternehmen/ Personengesellschaften bleibt weiterhin erhalten.

Beispiel:

Gewerbeertrag einer OHG:	50.357 €
Abgerundet	50.300 €
<u>Abzüglich Freibetrag</u>	<u>24.500 €</u>
Korrigierter Gewerbeertrag	25.800 €
<u>25.800 € x 3,5 %</u>	<u>903 €</u>
Steuermessbetrag	903 €

Der Steuermessbetrag wird dann mit dem Hebesatz der jeweiligen Gemeinde multipliziert, in welcher der Betrieb ansässig ist.

Gewerbesteuerschuld:

903 € x 490 % (München) = 4.424,70 €

Kapitalgesellschaften

Für Kapitalgesellschaften gibt es wie bisher keinen Grundfreibetrag. Eine Anrechnung erfolgt ebenfalls nicht. Durch die Neuregelung wirkt sich der individuelle Gewerbesteuerhebesatz der Gemeinden stärker als bisher auf die tatsächliche Steuerlast aus.

Vorauszahlungen

Der Steuerpflichtige hat am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November Vorauszahlungen an die Gemeinde abzuführen, in welcher der Betrieb angesiedelt ist, und nach Ende des Erhebungszeitraumes (in der Regel das Kalenderjahr) beim zuständigen Finanzamt (Betriebsfinanzamt) eine Steuererklärung abzugeben. Die Vorauszahlungen werden dann mit der Steuerschuld verrechnet.

2.4 Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer wird auf Umsätze erhoben, die ein Unternehmer im Inland im Rahmen seines Unternehmens erzielt. In erster Linie sind hier Umsätze aus Warenlieferungen oder sonstigen Leistungen, also z. B. Dienstleistungen, gemeint. Unternehmer ist jeder, der eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbstständig ausübt. Der Steuersatz beträgt 19 Prozent, für bestimmte Umsätze auch nur 7 Prozent. Der ermäßigte Steuersatz gilt z. B. für Bücher und Zeitungen, für viele Lebensmittel und auch für die Erbringung bestimmter Beförderungsleistungen im Personenverkehr.

Steuerbefreiungen

Bestimmte Umsätze sind von der Umsatzsteuer befreit. Zu erwähnen sind hier insbesondere die Ausfuhrlieferungen und die innergemeinschaftlichen Lieferungen.

Umsatzsteuervoranmeldung /

Vorsteuerabzug

In der Regel beziehen Sie von anderen Unternehmen Vorleistungen, die sie zur Erstellung ihrer eigenen Leistung benötigen. Der Vorlieferant stellt Ihnen dafür Umsatzsteuer in Rechnung. Diesen Betrag, Vorsteuer genannt, können

Sie mit der Umsatzsteuer verrechnen, die Sie an das Finanzamt abführen müssen, wenn Sie Waren liefern oder andere Leistungen erbringen. Da die Umsatzsteuerpflicht bereits mit der Unternehmertätigkeit beginnt, können auch Vorsteuerbeträge, die durch Anschaffungen im Rahmen der Existenzgründung anfallen, beim Finanzamt geltend gemacht werden. Für die Gründung einer GmbH gilt, dass Vorgesellschaft und GmbH steuerlich als ein Subjekt angesehen werden.

Beispiel:

Im Voranmeldungszeitraum tätigen Sie Wareneinkäufe im Wert von 10.000 € zzgl. 1.900 € Vorsteuer und Warenverkäufe im Wert von 15.000 € zzgl. 2.850 € Umsatzsteuer. An das Finanzamt sind 950 € (2.850 € - 1.900 €) als Umsatzsteuervorauszahlung abzuführen.

Als **Existenzgründer** sind Sie in den ersten zwei Jahren zur **monatlichen Umsatzsteuervoranmeldung** verpflichtet. Ansonsten ist Voranmeldezeitraum grundsätzlich das Kalendervierteljahr, es sei denn die Steuer für das vorangegangene Kalenderjahr beträgt mehr als 7.500 €. In diesem Fall sind auch nach den ersten zwei Gründungsjahren monatliche Anmeldungen abzugeben. Bei einer abzuführenden Umsatzsteuer des Vorjahres von weniger als 1.000 € kann das Finanzamt den Unternehmer von der Pflicht zur Voranmeldung und Vorauszahlung befreien.

Der Unternehmer muss bis zum 10. Tag nach Ablauf eines jeden Voranmeldungszeitraums eine Umsatzsteuervoranmeldung elektronisch via „ELSTER“ beim Finanzamt abgeben und gleichzeitig die von ihm berechnete Umsatzsteuerzahllast abführen. Kommt es zu einem Vorsteuerüberhang, weil die gezahlte Vorsteuer die erhaltene Umsatzsteuer übersteigt, erstattet das Finanzamt diesen Überhang. Allerdings ist dabei zu beachten, dass es die Erstattung von der Hinterlegung einer Sicherheitsleistung, z. B. eine Bankbürgschaft, abhängig machen kann.

Die Steuer wird grundsätzlich **nach vereinbarten Entgelten (Soll-Besteuerung)** berechnet. Es kommt also nicht darauf an, ob der Kunde bereits bezahlt hat. Die Umsatzsteuer entsteht mit Ausführung der Leistung. Abweichend hiervon kann auf Antrag die sogenannte **Ist-Besteuerung** angewendet werden. In diesem Fall erfolgt die Abführung der Umsatzsteuer **nach den vereinnahmten, also zugeflossenen Entgelten**, wenn folgende Voraussetzung erfüllt wird:

Der Umsatz im Vorjahr oder im Jahr der Gründung darf 500.000 € nicht überschreiten (erhöht von 250.000 € auf 500.000 € durch das Gesetz zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen (Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung) vom 16. Juli 2009, BGBl. I 2009, 1959; **Hinweis: Diese Regelung ist befristet bis 31. Dezember 2011**).

Achtung: Angehörige von freien Berufen können die Ist-Besteuerung grundsätzlich anwenden, ohne dass sie die obige Voraussetzung erfüllen müssen.

Umsatzsteuererklärung

Nach Ablauf des Kalenderjahres hat der Unternehmer eine eigenhändig unterschriebene Umsatzsteuererklärung einzureichen, in der er die Umsatzsteuerzahllast oder den Überschuss für das gesamte Kalenderjahr selbst berechnet.

Ausstellen von Rechnungen

Führt ein Unternehmer eine Leistung an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen oder an eine juristische Person ohne Unternehmereigenschaft aus, ist er **verpflichtet** eine Rechnung auszustellen. Die Verpflichtung entfällt für bestimmte steuerfreie Leistungen, z. B. für Kreditvermittlung, Vermietung und Verpachtung, etc. Ebenfalls gilt diese Verpflichtung bei Leistungen gegenüber privaten Empfängern grundsätzlich nicht. Ausnahme ist die Rechnungsausstellungspflicht bei **Leistungen von Unternehmern im Zusammenhang mit einem Grundstück** (z. B. Bauleistungen, Gartenarbeiten, Instandhaltungsarbeiten in und an Gebäuden, Fensterputzen). In diesen Fällen ist der Unternehmer verpflichtet, auch bei Leistungen an einen **privaten Empfänger** eine Rechnung **innerhalb von sechs Monaten** auszustellen (§ 14 Abs. 2 S 1 Nr. 1 Umsatzsteuergesetz (UStG)). Wird eine Leistung im Zusammenhang mit einem Grundstück gegenüber einem Unternehmer abgerechnet, muss diese Rechnung ebenfalls in sechs Monaten ausgestellt werden. Für den Fall, dass eine Rechnung für eine Leistung im Zusammenhang mit einem Grundstück nicht oder zu spät ausgestellt wird, droht eine Geldbuße bis 5.000 €.

Die Rechnung muss folgenden **Inhalt** haben:

- Vollständiger Name und Anschrift des leistenden Unternehmers
- Vollständiger Name und Anschrift des Leistungsempfängers
- Umsatzsteuer-Identifikationsnummer oder bei nicht Vorhandensein finanzamtsbezogene Steuernummer
- Ausstellungsdatum
- Fortlaufende Rechnungsnummer
- Menge und handelsübliche Bezeichnung des Gegenstands oder Art und Umfang der sonstigen Leistung
- Zeitpunkt der Lieferung oder sonstigen Leistung

- nach Steuersätzen und -befreiungen aufgeschlüsseltes Entgelt.
- Im Voraus vereinbarte Minderungen des Entgelts, z. B. Skonti, Boni, Rabatte, soweit diese nicht bereits im Entgelt berücksichtigt sind
- Den anzuwendenden Steuersatz und den auf das Entgelt entfallenden, gesondert auszuweisenden Steuerbetrag oder ggf. ein Hinweis auf die Steuerbefreiung
- Bei Leistungen im Zusammenhang mit einem Grundstück ein Hinweis auf die Aufbewahrungspflicht des Leistungsempfängers

Ein **Beispiel** für eine Musterrechnung finden Sie im Anhang zu diesem Merkblatt.

Für **Kleinbetragsrechnungen**, deren Gesamtbetrag **150 €** nicht übersteigt, gibt es eine Vereinfachungsregel. Für den Vorsteuerabzug genügt es, wenn folgende Angaben in der Rechnung enthalten sind:

- Vollständiger Name und Anschrift des leistenden Unternehmers
- Ausstellungsdatum
- Menge und handelsübliche Bezeichnung des Gegenstands der Lieferung oder die Art und der Umfang der sonstigen Leistung
- das Entgelt und den darauf entfallenden Steuerbetrag in einer Summe
- den anzuwendenden Steuersatz oder im Falle einer Steuerbefreiung ein Hinweis auf das Bestehen einer Steuerbefreiung.

Ähnliche Vereinfachungen gelten auch für **Fahrausweise**.

Kleinunternehmer-Regelung

Bei Unternehmern, deren Umsatz im Jahr der Gründung voraussichtlich **17.500 €** einschließlich der darauf entfallenden Umsatzsteuer nicht übersteigt, wird von Gesetzes wegen keine Umsatzsteuer erhoben, d. h. sie müssen diese nicht an das Finanzamt abführen. Entsprechendes gilt für Jahre nach der Gründung, wenn folgende Doppelbedingung erfüllt ist: der Umsatz im Vorjahr lag nicht über 17.500 €; im laufenden Jahr wird er voraussichtlich 50.000 € nicht überschreiten. Zu beachten ist allerdings, dass Unternehmer, die von der beschriebenen Kleinunternehmerregelung Gebrauch machen, **keine Vorsteuer** geltend machen können. Dies wiederum kann nachteilig sein, z. B. wenn in der Anfangsphase eines Betriebes hohe umsatzsteuerbelastete Investitionen getätigt werden. Deshalb kann auf die Anwendung der Kleinunternehmerregelung durch Erklärung gegenüber dem Finanzamt verzichtet werden mit der Folge, dass dann auch der Vorsteuerabzug möglich ist. Ein solcher Verzicht sollte allerdings gut überlegt werden, da er für fünf Jahre bindet.

3. Rechtsformwahl und Steuern

Die Rechtsform Ihres Unternehmens hat Auswirkungen auf die steuerliche Belastung. Deshalb sollten Sie bei der Gründung diesen Aspekt bedenken. Allerdings kann er nie allein ausschlaggebend für die Wahl der Rechtsform sein. Entscheidend sind auch andere Punkte wie Haftung, Rechtsformaufwendungen, Publizitätspflichten und Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten.

Nachfolgende Tabelle soll einen Überblick über einige wichtige steuerliche Aspekte der Rechtsformwahl geben:

	Einzelunternehmen / Personengesellschaft	Kapitalgesellschaft
Ertragssteuer	<ul style="list-style-type: none"> • Einkommensteuer • progressiver Tarif (s.o. 14 % bis 45 %) • Grundfreibetrag • unter Umständen Option Thesaurierungsbegünstigung mit Nachversteuerung 	<ul style="list-style-type: none"> • Körperschaftsteuer • einheitlicher Steuersatz: 15 % • kein Grundfreibetrag bei Ausschüttung ab 2009: Teileinkünfteverfahren oder Abgeltungsteuer
Gewerbsteuer	<ul style="list-style-type: none"> • Steuermesszahl: 3,5 % 	<ul style="list-style-type: none"> • Steuermesszahl: 3,5 %

	<ul style="list-style-type: none"> • Freibetrag 24.500 € • Anrechnung auf ESt 3,8-fache der Gewerbesteuerermessbetrag 	<ul style="list-style-type: none"> • kein Freibetrag • keine Anrechnung auf KSt
Verlustverrechnung	<ul style="list-style-type: none"> • mit anderen Einkunftsarten des Unternehmers möglich • Verlustrück- und -vortrag 	<ul style="list-style-type: none"> • kein Ausgleich mit Verlusten des Unternehmers • lediglich Verlustrück- und -vortrag innerhalb der Kapitalgesellschaft
Gewinnermittlung	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmerlohn, Pensionsrückstellungen und Darlehenszinsen nicht als Betriebsabgabe abziehbar 	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmerlohn, Pensionsrückstellungen und Darlehenszinsen sind Betriebsausgaben • Pflicht zur doppelten Buchführung

Stand: 30. März 2010

Die Veröffentlichung von Merkblättern ist ein Service der Industrie- und Handelskammer Schwaben für ihre Mitgliedsunternehmen. Dabei handelt es sich um eine zusammenfassende Darstellung der rechtlichen Grundlagen, die nur erste Hinweise enthält und keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Es kann eine steuerliche Beratung im Einzelfall nicht ersetzen. Obwohl sie mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, kann eine Haftung für die inhaltliche Richtigkeit nicht übernommen werden.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der IHK für München und Oberbayern.

Anhang

Beispiel einer Rechnung mit Umsatzsteuer:

MC Hifi-Markt GmbH*

HiFi Video TV PC Haushaltsgeräte

MC Hifi-Markt GmbH

Musterstraße 5

D-70000 Musterstadt

Telefon: 07000 700-12

Email: Info@aussteller.de

USt-IDNr. DE 123456789

Herrn

Markus Empfänger

Primelweg 32

D-80000 Primelhausen

Rechnungs-Nr. 284629

Datum: 28.01.2010

Sehr geehrter Herr Empfänger,

für die Lieferung eines Fernsehgerätes am 28.01.2010 erlauben wir uns zu berechnen:

<u>Pos.</u>	<u>Menge</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Preis / €</u>
1	1	TV 110 cm, Phillips, Typenbezeichnung 284406	310,92
		<u>Nettopreis</u>	<u>310,92</u>
		19 % USt	59,08

Gesamtpreis 370,00

Bei Zahlung innerhalb von 7 Tagen ab Lieferung gewähren wir 2 % Skonto.

Geschäftsführer: Bankverbindung:

Dipl. Oec. Hans Muster Kreissparkasse Musterstadt

Dipl. Oec. Georg Cerno BLZ 777 777 70

Amtsgericht Musterstadt HR-B 5593 Kto.: 50 60 70 80

* gilt auch für Einzelunternehmer, Personenunternehmen und andere Kapitalgesellschaften

Ansprechpartner:

Kurt Geyer
Stettenstraße 1 + 3 | 86150 Augsburg
Tel 0821 3162-181 | Fax 0821 3162-174
Kurt.Geyer@schwaben.ihk.de